

TourismWatch

Informationsdienst Tourismus und Entwicklung

ITB Berlin, 6. bis 10. März 2013	3	Andamanen-Straße durch Jarawa-Gebiet für Touristen gesperrt	17
Zwei Jahre nach der Revolution - Tunesien-Tourismus während der Demokratisierung	5	Mexiko: Indigene beschwerten sich über Verletzung ihrer Bewegungsfreiheit	18
Unternehmensverantwortung für Menschenrechte		Laotischer Aktivist Sombath Somphone noch immer vermisst	18
Menschenrechte konkret - Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten bei Reiseveranstaltern	7	Literatur und Materialien	
Von anderen lernen - Erfahrungen aus der Entwicklung von CSR-Branchenstandards	9	Ferntourismus im Jahr 2050	19
Tourismus in Küstenregionen		Reisen in eine unbekanntere Zukunft - 2050 - Tomorrow's Tourism	20
Balearen: Antworten auf die Kommerzialisierung der Landschaft - Drei Fragen an Margalida Ramis, Grupo de Ornitología y Defensa de la Naturaleza, Mallorca	11	Was wir nicht sehen - The Ultimate Challenge	20
Dem Untergang geweiht? Thailands Seenomaden leiden unter Nationalpark-Restriktionen	13	Sympthiemagazin „China verstehen“	21
Die „Saharisierung“ des Mittelmeers Für eine gemeinsame Agenda zu Klimagerechtigkeit	15	Veranstaltungen und Termine	
Kurzinformationen und Hinweise		Symposium: Neue Impulse für nachhaltigen Tourismus	21
TODO!-Preise für Projekte in Indien und Uganda	17	Weltsozialforum Tunesien	21
		Europäischer Tag der Meere 2013	22

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

wir wagen mit dem vorliegenden TourismWatch Nr. 70 und den bevorstehenden Aktivitäten einen Spagat: von der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin, der jährlichen Zusammenkunft der globalen Tourismuswirtschaft Anfang März, geht es zum Weltsozialforum, dem Jahrestreffen der sozialen Bewegungen und Globalisierungskritiker, das Ende März in Tunesien stattfindet.

So groß die Distanz zwischen beiden Großereignissen scheint, so wichtig ist es doch, auch den Tourismus als Ganzes zu begreifen. Um zukunftsfähig zu sein, muss der Tourismus im Einklang mit den Rechten und Bedürfnissen der Menschen gestaltet werden. Sowohl Wirtschaft und Politik als auch Zivilgesellschaft sind gefragt: Da sind auf der einen Seite die Unternehmen, die die Macht, aber auch die Verantwortung haben, die Menschenrechte zu achten und sicherzustellen, dass ihr Handeln keinen Schaden anrichtet. Da sind auf der anderen Seite die Staaten, die durch Gesetze und Regeln die Menschenrechte schützen müssen. Wie unsere Beispiele zum Thema Küstentourismus zeigen, tun sie dies bisweilen gar nicht oder nicht mit dem richtigen Fokus. Sowohl auf den Balearen, als auch in Thailand wird deutlich, dass Gesetze wirtschaftlichen Interessen dienen und zu Lasten der Bevölkerung gehen. Die Stärkung der Zivilgesellschaft in den touristischen Zielländern und die Berücksichtigung der Interessen der lokalen Bevölkerung bei Gesetzgebung und touristischer Entwicklung sind weiterhin unbedingt nötig.

Und nicht zuletzt sind auch die Reisenden gefragt, genau hinzuschauen. Die prekären Arbeitsverhältnisse im Tourismus, die der ARD-Markencheck im Januar aufgedeckt hat, sind nicht nur schockierend sondern leider auch alltäglich. Sprechen Sie Ihren Reiseveranstalter ruhig darauf an, wenn Sie feststellen, dass Ihr Busfahrer keine ausreichenden Ruhephasen hat oder die Hotelangestellten mehr als zehn Stunden arbeiten. Ein Besuch auf der ITB oder der nächste Urlaub, vielleicht schon zu Ostern, bietet Gelegenheit dazu.

Wir freuen uns auf viele interessante Gespräche zwischen dem 6. und 10. März 2013 an unserem ITB-Stand Nummer 218 in Halle 4.1 der Messe Berlin und laden Sie herzlich zu unserer hochrangig besetzten Veranstaltung „Human Rights in Practise/Menschenrechte konkret“ am 6. März um 16 Uhr auf der großen Bühne, ebenfalls in Halle 4.1, ein.

Zunächst einmal aber wünschen wir Ihnen eine anregende und bereichernde Lektüre!

Mit herzlichen Grüßen

Antje Monshausen & Christina Kamp

Internationale Tourismusbörse Berlin

ITB Berlin, 6. bis 10. März 2013

Von Corinna Rach

Die ITB Berlin 2013 findet vom 6. bis 10. März statt. Von Mittwoch bis Freitag ist die Messe nur für Fachbesucher geöffnet, am Samstag und Sonntag auch für das allgemeine Publikum.

Öffnungszeiten: täglich 10-18 Uhr.

Veranstaltungen von Brot für die Welt - Tourism Watch

Sie finden uns am Stand 218 in der Halle 4.1 (zwischen TourCert und ECPAT).

Unter dem Titel „**Menschenrechte konkret/ Human Rights in Practice**“ werden wir am Mittwoch, den 6. März 2013, um 16 Uhr in Halle 4.1 auf der großen Bühne die Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht bei Reiseveranstaltern beleuchten. Neben den Veranstaltern Kuoni und Studiosus, die erste Erfahrungen aus der Umsetzung menschenrechtlicher Managementstrategien einbringen werden, wird auch das Forum anders reisen vertreten sein. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion werden zudem Zoltan Somogyi, geschäftsführender Direktor der Welttourismusanstalt, Massimo Frattini von der Internationalen Gewerkschaft der „Foodworker“ und Harald Zeiss, TUI Deutschland, unter der Moderation von Edith Kresta über Herausforderungen und nächste Schritte auf dem Weg zur Verwirklichung der Menschenrechte im Tourismus diskutieren.

Nach der Podiumsdiskussion findet die Verleihung des Siegels „**CSR Tourism Certified**“ durch TourCert an Tourismusunternehmen statt. Anschließend laden Tourism Watch und TourCert zum Networking-Cocktail und Snacks ein, ab 18 Uhr vor der großen Bühne der Halle 4.1.

ECPAT Deutschland e.V./TheCode.org (Halle 4.1, Stand 219)

Donnerstag, 7. März 2013, 15:15 - 16 Uhr in Halle 7.3, Saal Europa, „**The Code of Conduct for Child Protection: Herausforderungen und Implementierungshürden**“. Der Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung in touristischen Destinationen

gelingt nur, wenn die relevanten Stakeholder die konzipierten Maßnahmen umsetzen und optimieren. Welche Meilensteine wurden hier mittlerweile erreicht und wie geht es weiter?

Freitag, 8. März 2013, 11 Uhr in Halle 4.1b, kleine Bühne. „**Kinderschutz im Tourismus - Eine Herausforderung für Corporate Social Responsibility**“. Mit Rika Jean-Francois (ITB Corporate Social Responsibility), Matthias Leisinger (Vorstandsvorsitzender des Kinderschutzkodex), Mechthild Maurer (Geschäftsführerin von ECPAT Deutschland).

TourCert - Gesellschaft für Zertifizierung im Tourismus (Halle 4.1, Stand 217)

Mittwoch, 6. März 2013, ab 17:15 Uhr, Halle 4.1, große Bühne. **Verleihung der Zertifikate** (s.o.)

Donnerstag, 7. März 2013, 14:15-15 Uhr, Halle 7.3, Saal Europa, **Zertifizierung nachhaltiger Destinationen: Das Best Practice-Beispiel Baden-Württemberg**. Moderation: Wolfgang Strasdas, Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Präsentationen: Wolfgang Baur, Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Baden-Württemberg. Angela Giraldo, Kontaktstelle für Umwelt & Entwicklung (KATE), Stuttgart.

Studienkreis für Tourismus und Entwicklung (Halle 4.1, Stand 230)

Mittwoch, 6. März 2013, 10:30 Uhr-11 Uhr, Halle 4.1, kleine Bühne, Vorstellung/Interviews: Sympthiemagazin „**Umwelt verstehen**“

Mittwoch, 6. März 2013, 12-14 Uhr, Halle 4.1, große Bühne: **TO DO! Preisverleihung** an Projekte in Indien und Uganda

Donnerstag, 7. März 2013, 10:30-11 Uhr, Halle 4.1, Vorstellung/Interviews: Sympathiemagazin „China verstehen“

Freitag, 8. März 2013, 10:30-11 Uhr, Halle 4.1, kleine Bühne, Vorstellung/Interviews: **Motivationsseminare**

Freitag, 8. März 2013, 11:55-12:55 Uhr, Halle 7.1, Zwischenrufe - ungefragt nachgefragt auf der ITB Berlin: „Zwischen Sympathie und Skepsis - Die Bedeutung des Tourismus für Griechenland“

Samstag, 9. März 2013, 14-15 Uhr, Halle 4.1, große Bühne, **TOURA D'OR Preisverleihung**

Weitere Veranstaltungen

Donnerstag, 7. März 2013, 12-13 Uhr, ICC, Halle 7.3, Saal Europa, **Studiosus-Gespräch „Begegnungen auf Urlaubsreisen: Was wünscht der Gast, was erwartet der Gastgeber?“**

Donnerstag, 7. März 2013, 13:30-14 Uhr, ICC, Halle 7.3, Saal Europa, Vortrag „**Wasserknappheit: Zündstoff zwischen Einheimischen und Touristen?**“ Die zunehmende Verknappung der lebenswichtigen Ressource Wasser führt vielerorts zu Konflikten zwischen Touristen und Einheimischen. Ist der Tourismus mitunter Auslöser von Wasserkrisen? Welche Auswirkungen hat Wasserknappheit auf den Tourismus und die traditionellen Lebensgrundlagen? An Beispielen wie Bali, Sansibar oder Goa werden Dramatik belegt und Lösungskonzepte aufgezeigt.

Weitere Informationen: www.itb-berlin.de, www.itb-kongress.de

(5.686 Zeichen, März 2013)

ITB Berlin Kongress 2013

Vom 6. bis 8. März findet parallel zur Messe in Halle 7 der „ITB Berlin Kongress“ statt. Eröffnet wird der Kongress mit dem „**Future Day**“ am 6. März 2013, 11-17:45 Uhr (Halle 7.1b, Saal London), der Forecast-Zahlen zum Tourismus 2013 liefert. Von 17 bis 17:45 Uhr wird es eine Veranstaltung zum Thema Flugverkehr „**Aviation-Panel: The future of Air Transport**“ geben.

Ebenfalls startet am ersten Tag der „**ITB Destination Day**“. An drei Tagen (6.-8. März) widmen sich die ITB Destination Days den Herausforderungen und Perspektiven im internationalen Destinationsmanagement. Neben wachstumsträchtigen Reiseformen wie Gesundheits- und barrierefreiem Tourismus, nachhaltigem Tourismus oder Gay and Lesbian-Tourismus stehen aufstrebende asiatische Reisemärkte wie Indonesien oder Aserbaidschan im Mittelpunkt - aber auch Lateinamerika, Spanien, Türkei, Ägypten und die Donau-Länder. Die Kaza-Initiative in Afrika ist ein Highlight am Freitag. Am Mittwoch wird eine kritische Analyse des Scheiterns tourismusrelevanter Großprojekte vorgenommen.

Bereits seit fünf Jahren findet auf der ITB der **CSR-Tag** statt, dieses Jahr am Donnerstag, den 7. März 2013, 10:40-17:30 Uhr, Halle 7.3, Saal Europa. Prominente Vertreter aus Wirtschaft und Politik diskutieren Konzepte, Best-Practice-Beispiele und Wirtschaftlichkeitspotenziale des nachhaltigen Tourismus.

Zwei Jahre nach der Revolution

Tunesien-Tourismus während der Demokratisierung

Von Eveline Brändle-Ouertani

Rund zwei Jahre nach der Revolution in Tunesien im Januar 2011 hat sich der Pauschal Tourismus zumindest hinsichtlich der Gästezahlen wieder etwas erholt. Doch noch immer leiden die Hotels, Restaurants und Händler, weil viele Europäer eine Reise nach Tunesien für unsicher und gefährlich halten.

Die wirtschaftliche Situation, die die Regierung am dringlichsten verbessern wollte, ist durch Stagnation gekennzeichnet. Im vergangenen Jahr kamen wieder zögerlich ausländische Investoren, doch es sind immer noch viel zu wenige. Um die Demokratisierung voran zu bringen, muss die Wirtschaft wieder in Schwung kommen. Dazu gehören mehr Investoren aus dem Ausland und auch mehr Touristen.

Der Tourismus ist mit sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes einer der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes. Nach einem extrem schwierigen Jahr 2011, in dem die Gäste mit niedrigen Preisen gelockt wurden und trotzdem zahlreich ausblieben, erreichten die Gästezahlen 2012 immerhin 80 Prozent der Zahlen von 2010, dem Jahr vor der Revolution. 2010 hatten 6,8 Millionen ausländische Touristen Tunesien bereist, die meisten davon Europäer, viele andere aus den Nachbarländern Algerien und Libyen. Aus Europa kamen 2012 noch knapp ein Drittel weniger Touristen als 2010.

Niedrige Preise sind keine Lösung

Um überhaupt an Kunden zu kommen, versucht die Tourismuswirtschaft das Land weiter über niedrige Preise zu verkaufen. Im Moment hilft das, den Hotelbetrieb am Laufen zu halten und die gecharterten Flüge etwas auszulasten, doch auf Dauer ist das keine Lösung. Die Ressourcen der Hoteliers sind aufgebraucht und mit den niedrigen Preisen, die teilweise noch nicht einmal die in Tunesien immer weiter steigenden Kosten decken, ist es nur schwer möglich, einen guten Service zu bieten.

An den politischen Rahmenbedingungen für den Tourismus hat sich bislang noch nichts geändert. Die erste Neuerung wird ab Oktober 2013 gelten.

Pro Feriengast und Tag wird eine Kurtaxe in Höhe von einem Euro fällig werden. Dieses Geld soll dem Tourismus in Form von Infrastruktur, Sicherheit und Sauberkeit wieder zugute kommen.

Tunesiens Tourismusministerium versucht den Nischentourismus zu stärken und in der Werbung die kulturellen Sehenswürdigkeiten und den Charme kleiner Pensionen und Herbergen hervorzuheben. Doch Sicherheitshinweise, die regelmäßig vom Auswärtigen Amt herausgegeben werden, verunsichern Rundreiseinteressierte stark. Viele warten ab.

Es wird vor erhöhter Kleinkriminalität gewarnt. Das schreckt viele Individualtouristen davon ab, das Landesinnere auf eigene Faust zu entdecken. Auch die Hotelgäste gehen deutlich seltener in die Altstädte und Souks als zuvor.

Demokratisierung und die westliche Wahrnehmung

Die Wahrnehmung Tunesiens im Westen entspricht oft nicht der Realität und noch nicht einmal der Darstellung in den Medien. So kamen in Tunesien auch in den unruhigsten Zeiten der Revolution keine Touristen und auch keine touristischen Einrichtungen zu Schaden.

In den letzten Monaten war immer wieder von Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der säkularen und der religiösen Politik zu lesen. Diese Auseinandersetzungen nehmen tatsächlich zu. Die Regierung mit der gemäßigt islamischen Partei Ennahda versucht den Spagat, um beiden Lagern gerecht zu werden und verliert auf beiden Seiten Vertrauen und Glaubwürdigkeit.

Angriffe, auch gewalttätiger Art, auf die Meinungsfreiheit von Künstlern, Journalisten und Freidenkern wurden zaghaft verurteilt, jedoch nicht geahndet, um bei den fundamentalistischen Salafisten nicht in Ungnade zu fallen. Denen wiederum ist die religiöse Haltung nicht streng genug. So wurde bereits beschlossen, dass das islamische Recht, die Scharia, in der Verfassung keine Rolle spielen wird. Bei den nächsten Wahlen, die aller Voraussicht nach noch 2013 durchgeführt werden, wird sich zeigen, ob und welche Rolle die Religion in Zukunft in der Politik spielen wird.

Bei den Demonstrationen nach dem Attentat auf den säkularen Oppositionspolitiker Chokri Belaïd Anfang Februar 2013 gingen Hunderttausende auf die Straße, um ihre Trauer und ihren Unmut an der Regierung zu zeigen. Zur Gegenveranstaltung der Islamisten kamen laut offiziellen Angaben nur 3.000 Menschen, die laut inoffiziellen Angaben teilweise noch dafür bezahlt wurden. Das, was für viele Menschen in Deutschland „neue Unruhen“ sind, die scheinbar zeigen, dass „das Land nicht zur Ruhe kommt“, ist ein für den Demokratisierungsprozess wichtiges und positives Zeichen.

Es zeigt, dass die Zivilgesellschaft Tunesiens stark ist, es zeigt, dass die Bevölkerung die Unentschlossenheit der Regierung, politische Übergriffe streng zu ahnden, nicht akzeptiert und es zeigt, dass die Menschen in Tunesien weiterhin an den Zielen der Revolution festhalten.

Tunesien bietet ein großes touristisches Potenzial. Um das Land wieder dauerhaft zu einem attraktiven Reiseland werden zu lassen, müssen nachhaltige und qualitativ hochwertige Reisen angeboten und, derzeit fast noch schwieriger, auch gebucht werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Bewegung, in die die tunesische Politik nach dem Attentat an Belaïd geraten ist, in die richtige Richtung geht, um Tunesien bei Reiseinteressierten wieder positiv zu besetzen.

Eveline Brändle-Ouertani arbeitet seit 20 Jahren im Tourismus in Tunesien. Sie ist Geschäftsführerin des Spezialreiseveranstalters „Der fliegende Teppich“.

(5.194 Zeichen, März 2013)

Menschenrechte konkret

Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten bei Reiseveranstaltern

Von Antje Monshausen

„Wir wollen uns auf den Weg begeben“ – das war kurz gefasst die einhellige Meinung der fast 40 Teilnehmenden der Fachtagung Tourismus und Menschenrechte am 20. Februar 2013. Tourism Watch hatte gemeinsam mit dem „Roundtable Tourismus und Menschenrechte“ etwa 20 Veranstalter und Vertreter der Reisewirtschaft, namhafte Menschenrechtsexperten und Vertreter von Ministerien und aus der Zivilgesellschaft nach Berlin eingeladen. Ziel war es, zu erarbeiten, wie die unternehmerische Pflicht zur Achtung der Menschenrechte konkret umgesetzt werden kann.

Die Tagung war Teil eines fortbestehenden Roundtable-Prozesses, an dem die Unternehmen Kuoni und Studiosus beteiligt sind, die bereits Handlungskonzepte zu Menschenrechten entwickelt und eingeführt haben. Darüber hinaus sind Nichtregierungsorganisationen wie der Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung, Naturfreunde Internationale und Tourism Watch beteiligt sowie das Deutsche Global Compact Netzwerk, die Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik und TourCert, das den Prozess moderiert.

Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte

Referenzrahmen für die Umsetzung menschenrechtlicher Verantwortung von Unternehmen sind die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die 2011 von den Vereinten Nationen anerkannt wurden. Sie definieren zum ersten Mal die Verantwortlichkeiten im Zusammenspiel von Staaten und Unternehmen. Wie Michael Windfuhr vom Deutschen Institut für Menschenrechte in seiner Einführung beschrieb, folgen die Leitlinien zwar einem konservativem völkerrechtlichen Ansatz, in dem die Staaten die Pflicht zum Schutz der Menschenrechte haben, aber die Unternehmen haben eine Pflicht zur Achtung der Menschenrechte und sollen Zugang zur Abhilfe bei Menschenrechtsverletzungen gewähren.

Trotz der zivilgesellschaftlichen Kritik an dieser konservativen Diktion, die die Unternehmen nicht als gleichwertige Pflichtenträger im Sinne des Völkerrechts versteht, betont der Menschenrechtsex-

perte, dass die Leitprinzipien weitreichende Konsequenzen haben. Die Achtungspflicht ist keine passive Verantwortung, sondern erfordert konkrete Aktivitäten durch die Unternehmen im Sinne der erforderlichen Sorgfalt („due diligence“). Der Zugang zu Abhilfe sowie die Berücksichtigung aller Dienstleister entlang der Wertschöpfungskette sind weitere Grundlagen der Leitprinzipien. Die Prinzipien bieten den internationalen Referenzrahmen, in dem alle Unternehmen unter denselben Bedingungen agieren.

Miriam Schaper von der Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik stellte die Ergebnisse einer Studie vor, die CSR-Standards vergleicht und den Vorteil eines gemeinsamen Vorgehens innerhalb einzelner Branchen hervorhebt (siehe S. 9). Ein Multistakeholder-Ansatz, der verschiedene Akteure aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft einbezieht, gewährleistet eine hohe Glaubwürdigkeit.

Umsetzung menschenrechtlicher Verantwortung bei Reiseveranstaltern

Die Veranstalter Studiosus und Kuoni stellten ihre Erfahrungen mit menschenrechtsbezogenen Managementstrategien vor. Studiosus hat einen sehr breiten Konsultationsprozess in den Zielgebieten angestoßen. Es wurde jeweils die menschenrechtliche Ausgangslage analysiert und Aktivitäten zur Verbesserung identifiziert und umgesetzt. Kuoni hat in einer tiefgehenden Analyse in Kenia Möglichkeiten identifiziert, Verbesserungen in Bezug auf prioritäre Menschenrechtsfelder herbeizuführen.

So unterschiedlich beide Ansätze auf den ersten Blick erscheinen, so sehr zeigen sie die Vielfältigkeit des möglichen Vorgehens. Vielfältig ist auch die Branche selbst. Allein die anwesenden Reiseveranstalter reichen von spezialisierten Kleinveranstaltern bis zu internationalen Konzernen. Die Komplexität der touristischen Wertschöpfungskette ist ein weiterer Grund, weshalb ein branchenweites Vorgehen nötig ist, das auf einer starken internationalen Strategie basiert.

Während Einvernehmen darüber besteht, dass jedes Unternehmen seine eigene Strategie zur Umsetzung menschenrechtlicher Verantwortung entwickeln muss, ist gleichzeitig klar, dass das im Rahmen der Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte entwickelte Konzept der „due diligence“ Mindestkriterien benennt, die nicht unterschritten werden dürfen. Dazu gehört die Entwicklung einer menschenrechtsbezogenen Unternehmenspolitik, ihre Integration in die Unternehmenskultur, das betriebliche Management und die Zusammenarbeit mit den Zulieferern.

Außerdem müssen die Auswirkungen der eigenen Geschäftstätigkeit auf die Menschenrechte geprüft werden, es muss Abhilfe gewährleistet werden und die Maßnahmen müssen regelmäßig kontrolliert werden.

Viele Unternehmen müssen nicht bei Null anfangen, denn es bestehen bereits Managementstrukturen in Bezug auf Nachhaltigkeit oder Risikominderung, die es um menschenrechtliche Komponenten zu erweitern gilt.

Gleichzeitig besteht Potenzial zur Kooperation bei einzelnen Maßnahmen, wie der Einrichtung von Beschwerde- und Meldeverfahren oder der Menschenrechtsanalyse in einzelnen Zielgebieten. Verbände und internationale Strukturen im Tourismus sind an dieser Stelle unterstützend gefragt und können wichtige Funktionen übernehmen.

„Wir wollen uns auf den Weg begeben, aber wir stehen noch ganz am Anfang eines langen Weges und brauchen viele weitere, die mitgehen“ wäre wohl das erweiterte Fazit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Der Wille ist vorhanden, nun müssen Kräfte und Akteure mobilisiert werden. Um diesen Prozess zu unterstützen, entwirft der Roundtable, der weiteren Mitgliedern offen steht, eine Absichtserklärung, die von Unternehmen getragen werden soll. Geplant sind auch ein Managementleitfaden und ein praxisnahes Bildungsprogramm. Eine weitere Fachtagung im Spätsommer 2013 wurde verabredet und soll zur Intensivierung der Kooperation in der Branche dienen.

(5.774 Zeichen, März 2013)

Von anderen lernen

Erfahrungen aus der Entwicklung von CSR-Branchenstandards

Von Jesko Kreft und Miriam Schaper

Das Spektrum der Branchen, in denen ein Branchenstandard für gesellschaftliche Unternehmensverantwortung (CSR) existiert, ist groß. Es reicht von der Baumwollproduktion („Better Cotton Initiative“) über die Blumenzucht („Floriculture Sustainability Initiative“) und Chemieindustrie („Responsible Care“) bis zu den Energieversorgern („Bettercoal“), Handelsunternehmen („Business Social Compliance Initiative“) und Spielwarenindustrie („ICTI CARE Foundation“). Für den Tourismussektor gibt es bisher keinen branchenweiten CSR-Standard, dafür existieren in der Branche über 100 Nachhaltigkeitslabel.

CSR-Branchenstandards werden in der Regel entweder im Rahmen eines Dialogs unter Beteiligung der Kern-Interessengruppen oder auf Initiative von Unternehmen oder Verbänden entwickelt. Oftmals gehen die Impulse von sozialemisethischen oder ökologischen Missständen, Skandalen oder Unfällen aus, die in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Die Branchenstandards zielen dann auf die Verbesserungen der ökologischen und sozialen Standards entlang der gesamten Wertschöpfungskette ab. Ein weiteres Motiv liegt häufig darin, vorwegzunehmen, dass andere Akteure, z.B. die Politik, diese Themen besetzen. So soll mit lösungsorientierten Empfehlungen und Instrumenten möglichen Restriktionen vorgebeugt werden. Und schließlich kann ein übergeordneter Standard Ineffizienzen auf Grund unterschiedlicher individueller Standards beheben.

Die Instrumente sind jeweils an die Anforderungen der Branche angepasst. Allerdings beinhalten alle Standards einen Verhaltenskodex, der auf allgemein anerkannten Leitlinien wie zum Beispiel den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) basiert. Ist es erforderlich, werden Gesetze und Vorschriften einzelner Länder in den Verhaltenskodex integriert. Die Finanzierung wird überwiegend über Mitgliedsbeiträge sichergestellt.

Zwar ist es schwierig und perspektivabhängig, die Wirksamkeit eines Standards genau zu evaluieren, doch klug konzipierte Branchenstandards, die bestimmte notwendige Bedingungen erfüllen,

können als Instrument für Entwicklungsprozesse und zur Selbststeuerung einer gesamten Branche durchaus geeignet sein. Interessanterweise entfalten CSR-Standards in einigen Branchen eine beachtliche Wirksamkeit, während bei anderen eine mangelnde thematische und Branchen-Reichweite sowie eine gewisse Alibi-Funktion nicht von der Hand zu weisen sind.

Erkennbare Erfolgsfaktoren

Um einen Standard erfolgreich zu etablieren, erscheint es unerlässlich, dass die Beteiligten von seiner Notwendigkeit überzeugt sind und dass er viele Interessen einschließt. Außerdem müssen die Ziele präzise formuliert und die Leitlinien auf die spezifischen Themen der Branche ausgerichtet sein. So sollte zum Beispiel ein Branchenstandard für die Blumenzucht Alternativen zum Einsatz von Pflanzenschutzgiften vorschlagen. Ein Standard der Spielwarenindustrie sollte dem Risiko schädlicher chemischer Substanzen in Spielzeug entgegenwirken. Um die Wirksamkeit des Standards langfristig zu gewährleisten, müssen die Inhalte regelmäßig aktualisiert und mit möglichen Maßnahmen und Instrumenten versehen werden.

Um eine umfassende Interessenvertretung sicherzustellen, sind alle relevanten Interessengruppen in den Entstehungsprozess einzubinden. Allein nur von Unternehmen vorangetriebenen Standards wird oft vorgeworfen, dass sie einseitig den Interessen einer Branche Rechnung tragen. Durch die Mitbestimmung und Partizipation un-

terschiedlicher (auch zivilgesellschaftlicher) Akteure aber erhält der Standard seine Legimitation. So integriert er überdies die größtmögliche zur Verfügung stehende Expertise.

Damit ein Standard wirkungsvoll ist, müssen seine Inhalte in den Unternehmen in die Geschäftsprozesse überführt werden. Unabdingbar ist es, alle Mitarbeiter für die Werte, die der Standard transportiert, zu sensibilisieren. Zudem empfiehlt sich eine regelmäßige Berichterstattung über die Tätigkeiten und die Entwicklung des Standards gegenüber den beteiligten Interessengruppen und der Öffentlichkeit. Je höher der Bekanntheitsgrad sowohl in der eigenen Branche als auch in branchenfremden Sektoren ist, desto größer ist die Bedeutung des Standards und desto breiter wirkt er. Allerdings ist hier Vorsicht geboten, denn durch einen inflationären, von Imagezwecken getriebenen Umgang mit dem Standard kann er schnell als reines PR-Instrument wahrgenommen werden. Schließlich müssen bei Verstößen der Mitglieder gegen die Regelungen des Standards Sanktionsmechanismen verankert sein, um Pflichtverletzungen ernsthaft verfolgen und ahnden zu können.

Nutzen für Unternehmen, Zivilgesellschaft und Politik

Zunächst reduziert ein CSR-Branchenstandard – wenn er die genannten Bedingungen erfüllt – Unsicherheiten für Unternehmen, die sich aus den verschiedenen nationalen Anforderungen ergeben. Er mindert damit die entsprechenden Risiken. Normierte Prozesse und Instrumente, die durch den Standard zur Verfügung gestellt werden, schaffen einen Kenntnissvorsprung. Sie führen zu einer strukturierten Problemlösung, sparen Zeit, senken

die Kosten und fördern den internen Lernprozess. Für die Öffentlichkeit stellt der Standard eine Orientierungshilfe dar. Es kann daran abgelesen werden, wozu sich Unternehmen verpflichten und worin ihr CSR-Engagement in der Branche besteht. Durch konstruktiven Austausch und Berücksichtigung der Interessen aller Mitglieder wird die Vertrauenswürdigkeit enorm gestärkt.

Der Politik dient der Standard als eine Art Ansprechpartner bei sozialetischen und ökologischen Herausforderungen der Branche. Seine Mitglieder können damit zu entsprechenden Maßnahmen angehalten werden. Dies gewährleistet eine effizientere Zusammenarbeit, als wenn der Austausch einzeln mit den Akteuren einer Branche erfolgen muss.

Wenn ein Branchenstandard die oben genannten Kriterien erfüllt, kann er wirksam zur Steuerung der gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen und anderen Akteuren in einer Branche beitragen und auch für Zivilgesellschaft und Politik von Nutzen sein. Im Tourismussektor besteht durch einen vereinheitlichten Branchenstandard neben der Risikovermeidung bei Unternehmen auch die Chance, die Ineffizienzen der derzeit zahlreichen Nachhaltigkeitslabel zu verringern.

Jesco Kreft (Geschäftsführer) und Miriam Schaper (Projektleiterin Tourismus) arbeiten in der Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik und führen derzeit im Rahmen einer Studie ethische Risikoanalysen für die Tourismusbranche entlang der gesamten Wertschöpfungskette durch.

(6.234 Zeichen, März 2013)

Balearen: Antworten auf die Kommerzialisierung der Landschaft

Drei Fragen an Margalida Ramis, Grupo de Ornitología y Defensa de la Naturaleza, Mallorca

Von Ernest Cañada

Vor dem Hintergrund der Krise und der Sparpolitik hat die Regierung der Partido Popular auf den Balearen im Laufe des Jahres 2012 diverse Änderungen in der Gesetzgebung zum Umweltschutz vorgenommen, die darauf abzielen, Investitionen der Tourismus- und der Immobilienbranche sogar in Naturschutzgebieten zu unterstützen. Über die diesen Prozessen zugrundeliegende Logik sprachen wir mit Margalida Ramis, der Sprecherin der Gruppe Vogel- und Naturschutz (Grupo de Ornitología y Defensa de la Naturaleza, GOP), einer bedeutenden Umweltschutzorganisation auf den Balearen.

Ernest Cañada: *Die Gesetzesänderungen, die auf den Balearen vorgenommen wurden und auch die Reform des nationalen Küstengesetzes verschlechtern den Landschaftsschutz. Welche Folgen können sich aus diesen Initiativen ergeben?*

Margalida Ramis: Seit Beginn der Legislaturperiode haben die verschiedenen politischen Verantwortlichen der Regierung der Partido Popular auf den Balearen der Bevölkerung vermittelt, dass der Naturschutz ein Hindernis für private Investitionen sei. Mehr Investitionen seien aber der einzige Ausweg aus der aktuellen Krise. Auf dieser Argumentationsgrundlage hat die Regierung Gesetzesinitiativen lanciert, in deren Folge eine komplette und absolute Deregulierung der Stadtentwicklung und der Raumordnung auf den Balearen und damit ein systematischer Rückbau des Landschaftsschutzes und des Schutzes der natürlichen Ressourcen stattgefunden hat.

Die Regierung hat das Gesetz 7/2012 vom 13. Juni erlassen, mit dringenden Maßnahmen zur nachhaltigen Regulierung der Stadtentwicklung. Dieses Gesetz erlaubt es, Orte, die nicht einmal über eine Minimalversorgung und eine elementare Infrastruktur verfügen, ab sofort als städtische Gebiete auszuweisen. Dadurch wird der bislang landwirtschaftlich genutzte Boden überall zu Baugrund, sogar innerhalb geschützter Gebiete. Das ruft Spekulant*innen auf den Plan.

Das neue Gesetz 8/2012 vom 19. Juli zum Tourismus auf den Balearen unterwirft die Stadtplanung den Interessen des Tourismus in Verbindung mit Bodenspekulation. Auch die Reform des Küstengesetzes dient mehr dem Schutz bestimmter wirtschaftlicher Interessen an den Küsten, als dem Schutz der Küsten selbst.

Mit diesen deregulierenden Gesetzesinitiativen werden Ausnahmeregelungen und Mehrdeutigkeiten eingeführt. Dadurch kommt es zu einer Anwendung „je nach dem“ und einer Anpassung der Normen „à la carte“.

Ernest Cañada: *Betrachtet man all die Ankündigungen von touristischen Projekten wie Hotels, Sporthäfen, Themenparks oder Golfanlagen, sieht es so aus, als gebe es – trotz der Krise – einen echten Bau-Boom auf den Inseln. Ist das wirklich so?*

Margalida Ramis: Alles hängt von der Kapazität der Investoren ab. Das Gebiet steht wieder zum Verkauf, die landschaftlichen Flächen werden kommerzialisiert und ihr Schutz vernachlässigt. Wenn Investorengruppen oder private Initiativen auftauchen, können sie mit der Unterstützung der Regierung rechnen. Ob wirtschaftlich gesehen die Aktivitäten oder Projekte über den Prozess der Bauarbeiten und die Befriedigung einiger weniger privater Interessen hinaus positive Konsequenzen haben, scheint dabei nebensächlich.

Es geht hier um ein Macht- und Spekulationsspiel: Geisterprojekte tauchen auf und verschwinden, um das „Terrain“ auszutesten – damit ist nicht nur der eigentliche Baugrund gemeint, sondern auch das „politische Terrain“. Das heißt, Spekulanten versuchen auszutesten, in wie weit sie Druck ausüben können, um die kapitalistische Dynamik zu Lasten der Landschaft und der Bevölkerung noch weiter voranzutreiben. An diesem Spiel beteiligen sich Baugesellschaften und Finanzinstitute mit geballter Kraft. Leider erhalten sie dabei alle notwendige Unterstützung und Beihilfe von Politikern, die unfähig sind, umzudenken und reale Alternativen anzubieten. Im Gegenteil, sie wiederholen die gleichen Fehler, berauben die Politik ihrer Glaubwürdigkeit, kultivieren die Korruption und entfernen sich durch ihr Unvermögen, durch ihre Inkompetenz und ihre nicht durchschaubaren Interessen immer weiter von der Bevölkerung.

Ein Beispiel für diese Politik ist der aktuelle Fall des Müllimports. Auf Mallorca wurde 2007 der Bau einer Riesen-Müllverbrennungsanlage genehmigt, deren Kapazität die tatsächlichen Bedürfnisse Mallorcas um ein Vielfaches übersteigt. Sie wurde mit öffentlichen Geldern finanziert, um das Geschäft der privaten Gesellschaft TIRME mit dem Bau der Infrastruktur und später mit der Müllverbrennung und der Gewinnung von elektrischem Strom anzukurbeln. Nun verkaufen sie uns den Import von Müll als notwendig, um die Investition zu amortisieren und verpacken das ganze in Euphemismen (Erhalt fossiler Brennstoffe, Export von Umweltdienstleistungen, energetische Verwertung) und Falschaussagen (Produktion erneuerbarer Energien, Verminderung der Emission von Treibhausgasen, Schaffung von Arbeitsplätzen). In Wirklichkeit handelt es sich um ein Geschäft des An- und Verkaufs von Müll, um die Gewinne von TIRME zu garantieren. Trotz der Krise 2012 hat das Unternehmen 23 Prozent mehr Gewinn gemacht als im Vorjahr – durch den Export der mit

der Müllverbrennung einhergehenden Wasser-, Luft- und Bodenverschmutzung und der Emissionen krebsfördernder Partikel nach Mallorca.

Ernest Cañada: *Alles scheint darauf hinzudeuten, dass unter dem Deckmantel der Krise bestimmte Sektoren sich Dinge trauen, die noch vor kurzer Zeit undenkbar gewesen wären. Was bedeutet das für die Umweltbewegung?*

Margalida Ramis: Zunächst schien es so, als biete die Krise die Gelegenheit, die in der Vergangenheit begangenen Fehler zu korrigieren und die Grundlagen für eine neue Wirtschaftsordnung zu definieren. Doch stattdessen setzt man auf die Fortsetzung einer perversen Logik, die diejenigen schützt, die für die aktuelle Situation die Hauptverantwortung tragen. Sie macht die Landschaft, die Umwelt und die Menschen noch verwundbarer. Für letzteres stehen als klare Beispiele die skandalöse Bankenrettung, die von Rajoy betriebene Reform des Arbeitsmarktes oder die Beschneidung der Arbeitsrechte, die über Jahrzehnte von den Arbeitern in sozialen Kämpfen errungen wurden.

All das zwingt die sozialen Bewegungen, gemeinsam an den Ursachen dieser Krise zu arbeiten. Sie hat dieselben Wurzeln, die auch die Umweltzerstörung sowie die Zerstörung sozialer und demokratischer Strukturen und Prozesse verursachen. Die Umweltbewegung muss in der Lage sein, von der Straße aus reale Alternativen aufzubauen. Gleichzeitig muss die tägliche politische Arbeit weitergehen, in dem Bewusstsein, dass keine weiteren Zugeständnisse mehr möglich sind, sondern dass die politische Realität von ihrer Basis her neu erfunden werden muss.

Übersetzung aus dem Spanischen: Sabine Reichert

(6.650 Zeichen, März 2013)

Dem Untergang geweiht?

Thailands Seenomaden leiden unter Nationalpark-Restriktionen

Von Piyaporn Wongruang

Sanit (36) versuchte zügig weiter Richtung Wasser zu gehen, doch alle wussten, dass es ihm nicht gut ging. Vor kurzem war er mehr als 20 Meter in die Tiefe getaucht, um Fisch-Fallen vom Meeresgrund zu holen. Nun litt er an der Taucherkrankheit. So etwas passiert, wenn Taucher zu schnell wieder an die Oberfläche kommen und sich im Körpergewebe Stickstoffblasen bilden, die zu örtlichen Verletzungen und oft schweren Gelenkschmerzen führen.

Dass Sanit krank war, beunruhigte seine Familie. Ein paar Tage zuvor war ein junger Seenomade aus dem Dorf Koh Sireh am Kap Lam Tukkae in der Provinz Phuket an den Folgen der Taucherkrankheit gestorben. Diese Nachricht verursachte Schockwellen in den Seenomadengemeinschaften entlang der Andamanenküste, und auch am Strand von Rawai, wo Sanit lebt. Eines frühen Morgens am Strand beknieten sie ihn, nicht noch einmal zu tauchen. „Ich muss aber“, antwortete er. „Wir müssen doch die Familie ernähren.“

Die Seenomaden müssten nicht in so tiefen Gewässern fischen, wenn ihnen nicht der Zugang zu den seichten Gewässern an den Küsten vieler Andamaneninseln verboten wäre. Vor über 20 Jahren wurden diese Inseln nach und nach verschiedenen Nationalparks zugeschlagen. Daraufhin wurde es für die Seenomaden immer schwieriger, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Seichte Gewässer sind für das Überleben der Seenomaden von entscheidender Bedeutung, denn trotz ihrer einfachen Fangmethoden sind es für sie ertragreiche Fanggebiete. Doch seit einige Gebiete, darunter Mu Koh Surin, zu marinen Nationalparks erklärt wurden, sind viele dieser flachen Gewässer als Schutzgebiete ausgewiesen. Deshalb dürfen die Seenomaden dort nicht mehr fischen.

Laut dem Netzwerk der Gemeinschaften für politische und soziale Reformen, dem ethnische Gruppen weltweit angehören, gibt es entlang der Andamanenküste 41 Seenomadengemeinschaften mit einer geschätzten Bevölkerung von 17.400 Menschen. Sie leiden unter den Naturschutzbestimmungen, insbesondere denen der in Thailand für

Nationalparks, Tier- und Pflanzenschutz zuständigen Behörde.

„Das Meer erweckt den Anschein, als gäbe es keine Grenzen, aber wir können uns dort nicht mehr frei bewegen“, sagte Nui (49). Er erinnert sich noch an die Zeiten, als die See für sein Volk tatsächlich grenzenlos war. Mit seinem Vater und seiner Familie segelte er Richtung Norden nach Koh Payam in Ranong, und Richtung Süden bis nach Lang Kawi in Malaysia, ohne Sorge, wo sie schlafen würden. Jeder Strand und jede Insel war für sie ein Zuhause.

Vor etwas mehr als 20 Jahren begannen die Dinge sich zu ändern. Eines Tages segelte Nui nach Koh Surin, wo ihm von Beamten mitgeteilt wurde, dass er in den flachen Gewässern nicht mehr fischen dürfe, da sie nun ein Nationalpark seien. Wenn er darauf bestünde, weiter dort zu fischen, würde er festgenommen.

Und seitdem viele Touristen kommen, gibt es noch mehr Restriktionen. Immer häufiger kommt es zu Konflikten zwischen Seenomaden, die versuchen, heimlich in die seichten Gewässer zu gelangen, und Beamten, die versuchen, die Strände für die Touristen freizuhalten. In den vergangenen zwei Jahren wurden mehr als 30 Seenomaden festgenommen und nach dem Nationalparkgesetz wegen illegalen Besitzes geschützter Tieren angeklagt.

Einige Seenomaden versuchen zu überleben, indem sie sich Arbeit suchen, doch selten mit Erfolg. Nui ist Guide für Amateur-Fischer geworden, andere, wie Sanit, sind gezwungen tiefer zu tauchen,

um Fische zu finden und gehen damit ein beachtliches Risiko ein.

Gestohlene Heimat

Seit dem Tourismusboom in den Andamanen wurden nicht nur die flachen Gewässer und die Strände für die Touristen in Besitz genommen. Auch Grundstücke, auf denen die Seenomaden seit Generationen gelebt haben, wurden ihnen weggenommen. Die Seenomaden lebten auf ihren Booten, bevor sie auf unbewohnten Inseln an Land gingen. Doch im Laufe der Zeit wurden diese Landstriche entweder von Regierungsstellen oder von Privatleuten oder -unternehmen beansprucht.

Laut dem Netzwerk der Gemeinschaften für politische und soziale Reformen besteht bei 28 von 41 Seenomadengemeinschaften die Gefahr, dass ihnen ihr Land weggenommen wird, und es ist ihnen fast unmöglich, etwas dagegen zu tun, denn diejenigen, die ihnen das Land rauben, verfügen über verbriefte Landrechte.

Am Strand von Rawai wurden mindestens zehn Seenomadenfamilien von privaten Landbesitzern verklagt. Nuis Familie ist eine von ihnen und er hat sich geschworen, bis zum Ende zu kämpfen, um das Land zu behalten, auf dem er lebt, genau wie seine Vorfahren. In der Nähe vom Strand von Rawai liegen die Inseln Koh Bon und Koh He, wo sehr zum Entsetzen der Seenomaden Hotelanlagen aus dem Boden geschossen sind. „Wie können sie solche Anlagen auf den Inseln bauen, wo wir gelebt und gefischt haben?“ fragte Nui. Doch der Landraub beschränkt sich nicht nur auf die Wohngebiete der Seenomaden. Es wurde auch versucht, ihnen mehrere religiöse Stätten, darunter Friedhöfe, wegzunehmen.

In Rawai versuchte ein privater Landbesitzer den Zugang nach Toh Ba Lai zu versperren, wo die Seenomaden ihre Rituale abhalten. Diesen Vorfall nahmen sie nicht hin. Sanit und seine Familie führten den Protest an und es gelang ihnen schließlich, den Zugang zurückzugewinnen. Sanit weiß jedoch nicht, wie lange sich die Dorfbewohner noch gegen solche Bedrohungen zur Wehr setzen können. Der Eigentümer des Grundstücks hat bereits eine hohe Betonmauer errichtet, um Toh Ba Lai und das Dorf zu trennen. Es wurde lediglich ein kleiner Durchgang offen gelassen, durch den die Dorfbewohner nach Toh Ba Lai gelangen können. Auf Koh Phi Phi wurden bereits einige Hotels auf Seenomaden-Friedhöfen ge-

baut und in Lan Ta in der Provinz Krabi wird den Seenomaden gesagt, sie sollen die Überreste ihrer Angehörigen von Friedhof Bor Nae entfernen, sonst würden sie von Erschließungsunternehmen zerstört.

Ein Kabinettsbeschluss als Hoffnungsschimmer?

Am 2. Juni 2010 legte das Kabinett einen Beschluss vor, in dem sowohl kurz- als auch langfristige Maßnahmen festgelegt wurden, um die Probleme der Seenomaden anzugehen. Kurzfristig schlug das Kabinett mehr Sicherheit in Bezug auf Landbesitz vor, durch verschiedene Maßnahmen, darunter die Überprüfung der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden und verbriefte Landrechte für die Gemeinschaften. Weiter wurde vorgeschlagen, dass die Bestimmungen, die die Seenomaden daran hinderten, in Schutzgebieten zu fischen, gelockert werden sollten, dass sie medizinisch versorgt werden, Bildung und Ausweise erhalten und dass ihre Kultur gefördert werden sollte, unter anderem durch einen besonderen Tag, der ihrer Kultur gewidmet ist.

Innerhalb von drei Jahren sollten spezielle kulturelle Zonen für bestimmte ethnische Gruppen eingerichtet werden, darunter auch für die Seenomaden. Infolge des Kabinettsbeschlusses übernahm das Kulturministerium den Vorsitz eines neuen Komitees zur Wiederherstellung der Lebensgrundlagen der Seenomaden, um die Umsetzung des Beschlusses zu überwachen. Die Initiative hat sowohl Lob als auch Kritik geerntet.

Maitree Jongkrajak, ein führendes Mitglied des Netzwerks der Gemeinschaften für politische und soziale Reformen sagte, die Probleme der Seenomaden hätten im Laufe der Zeit zugenommen. Nach dem Tsunami 2004 wurde ihnen erstmals breite Aufmerksamkeit gewidmet. Der Tsunami hatte ihre Häuser zerstört und das von ihnen genutzte Land war von Landraub bedroht.

Seenomaden haben nicht die Vorstellung, dass man Dinge oder Land besetzen oder besitzen kann. Das ist ein Grund, warum es ihnen schwer fällt, um das Recht auf ihr Land zu kämpfen“, sagte Maitree. Er spricht sich dafür aus, eine spezielle Kulturzone einzurichten. Dadurch könnte etwas Raum geschaffen werden, in dem die Seenomaden ihren traditionellen Lebensstil fortsetzen können. Doch Kabinettsvorschläge seien keine Gesetze und würden deshalb kaum durchgesetzt. Narumon Arunotai vom Institut für Sozialfor-

schung der Chulalongkorn-Universität und Vizevorsitzende eines Unterkomitees, das die Fortschritte des Kabinettsbeschlusses verfolgt, sagte das Hauptproblem in Bezug auf die Seenomaden seien wohl die Vorurteile in der Bevölkerung. Statt von den Seenomaden zu lernen, sähen die Leute sie als merkwürdig an und versuchten sie in die „normale“ Gesellschaft zu integrieren.

Der Kabinettsbeschluss sei ein Fortschritt, so Narumon Arunotai, denn darin würden die Probleme der Seenomaden anerkannt und nun zumindest auf politischer Ebene in Angriff genommen. Jetzt komme es auf die Umsetzung an.

„Ich nenne es Fortschritt, weil dadurch das Prinzip der Koexistenz unterstrichen wird. Wir leben in derselben Welt, also müssen wir andere Menschen anerkennen und sie nicht marginalisieren“.

Gekürzte Übersetzung eines Artikels aus der „Bangkok Post“ vom 11. November 2012, mit freundlicher Genehmigung. © 2012 Post Publishing Plc. Alle Rechte vorbehalten. www.bangkokpost.com

Übersetzung aus dem Englischen: Christina Kamp

(8.638 Zeichen, März 2013)

Die „Saharisierung“ des Mittelmeers

Für eine gemeinsame Agenda zu Klimagerechtigkeit

Von Joan Buades

Der Mittelmeerraum ist eine der Regionen der Welt, wo die Auswirkungen des Klimawandels am deutlichsten spürbar werden. Die Temperaturen steigen bereits und werden ab der zweiten Hälfte des Jahrhunderts noch weiter zunehmen. Die Region wird heißer als der globale Durchschnitt, mit starken saisonalen Ungleichgewichten und einer Ausbreitung der Wüsten in Richtung des nördlichen Mittelmeeres.

Ein „Weiter wie bisher“ würde zu einem Temperaturanstieg von 3,4°C im globalen Durchschnitt führen. Doch im Mittelmeerraum könnte der Anstieg noch um zwei Grad höher liegen und bis zu 5,4°C erreichen. Im besten Fall (der saubere Energien und verbesserte Technologien vorsieht) liegt der Temperaturanstieg mehr als doppelt so hoch wie die Zwei-Grad-Marke, auf die sich die großen Industrienationen zur Stabilisierung des Klimas geeinigt haben. Die Niederschläge werden dagegen abnehmen, insbesondere im Süden der Region. Das wird zu gravierenden Problemen bei der Wasserversorgung der Bevölkerung und der Bodenfruchtbarkeit in der Landwirtschaft führen. Dazu kommt eine große Waldbrandgefahr.

Im Jahr 2000 litt bereits mehr als ein Drittel der Bevölkerung der Mittelmeeranrainer (35,2 Prozent) unter Wasserknappheit.

Die Meeresspiegel werden weiter und immer schneller steigen, abhängig davon, was mit den Eiskappen in der Arktis passiert. Wie stark oder schwach auch immer der Anstieg ausfallen wird, er wird die Tourismuswirtschaft an der Küste gravierend beeinflussen und könnte in den dicht besiedelten Gebieten in der Nähe von Flussmündungen enorme Verdrängungsprozesse zur Folge haben.

Demografischer und sozialer Wandel

Ein Drittel der Bevölkerung der Mittelmeerländer lebt in Küstenregionen. Ein erster Indikator für die extreme Anfälligkeit der mediterranen Gesellschaften sind die niedrig gelegenen Küstengebiete, die weniger als zehn Meter über dem Meeresspiegel liegen. Insgesamt leben rund 60 Millionen Menschen in den Küstengebieten des südlichen Mittelmeers und des Nahen Ostens. Diese Zahl

könnte bis 2030 auf 100 Millionen ansteigen. Die Region würde, was Naturkatastrophen im Zusammenhang mit dem Klimawandel angeht, die zweit-anfälligste der Welt.

Obwohl es im südlichen Mittelmeerraum wichtige mineralische Rohstoffe gibt, vor allem Erdöl und Erdgas, wachsen die Einkommensunterschiede weiter. Die sozialen Ungleichheiten zwischen Arm und Reich nehmen zu, sowohl innerhalb der Gesellschaften am Mittelmeer, als auch zwischen Nord und Süd. Die Auswirkungen des Klimawandels werden zum großen Teil auch vom gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Wohlfahrt in den verschiedenen Gesellschaften abhängen. In Notfällen werden die Reichen und die gesellschaftlichen Schichten, die Zugang zu einem staatlichen Sicherheitsnetz haben, besser in der Lage sein, mit der Situation zurechtzukommen. Die Armen und diejenigen mit dem schlechtesten Zugang zum staatlichen Gesundheitssystem und zu sozialen Sicherungsmechanismen werden stärker zu leiden haben. Sie werden vermutlich die ersten Kandidaten für einen Migrationsexodus unter prekärsten Bedingungen sein.

Wenn der Klimawandel die Wüstenbildung in Afrika südlich der Sahara vorantreibt, gibt es einen noch nie dagewesenen Zustrom von Umweltflüchtlingen vor den Toren Nordafrikas, die, koste es was es wolle, den Garten Eden Europas erreichen wollen. Im Jahr 2006 war der afrikanische Kontinent Heimat von 924 Millionen Menschen. Es wird damit gerechnet, dass die afrikanische Bevölkerung sich bis Mitte des 21. Jahrhunderts mehr als verdoppeln wird, auf fast zwei Milliarden Einwohner.

Von den acht Staaten, deren Bevölkerung sich verdreifachen wird, liegen vier (Niger, Mali, Tschad und Guinea-Bissau) südlich der Sahara - der am stärksten gefährdeten Region Afrikas in Hinblick auf das Klima und natürliche Ressourcen wie Wasser und landwirtschaftliche Fläche. Gibt es in der näheren Zukunft keine technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Revolution, werden viele Afrikaner keine Wahl haben, als nach Norden abzuwandern, über den Maghreb und die Mittelmeerregion. Dadurch steigt das Risiko militärischer Einsätze zur Aufrechterhaltung der Sicherheit im Mittelmeer.

In Hinblick auf ihre geostrategische Bedeutung ist der Mittelmeerraum eine der längsten und gefährlichsten Sicherheitslinien zwischen Nord und Süd.

Was wird aus dem Tourismus?

Der Tourismus ist die dominante Wirtschaftsaktivität fast überall am Mittelmeer. 32 Prozent des internationalen Reiseverkehrs fließt in diese Region, rund 300 Millionen Touristen im Jahr 2008. Noch 100 Millionen mehr werden für das Jahr 2025 vorausgesagt. 80 Prozent des Tourismus basieren auf Sonne, Sand und Strandhotels und dieser Trend ist stabil. Doch mit steigenden Temperaturen wird in mittel- und nordeuropäischen EU-Staaten, aus denen die meisten Mittelmeerurlauber kommen, die Reisefreudigkeit stark zurückgehen. Denn aufgrund der Erderwärmung werden die Menschen dort auch zuhause mediterrane Temperaturen genießen können. Die Tage des Küstentourismus, der auf Billigfluglinien setzt, könnten gezählt sein.

Die direkte Bedrohung der Tourismusinteressen in der Region sollte in deutlichem Zusammenhang mit der eigenen Klimaverantwortung der Branche gesehen werden. In einer branchenspezifischen Studie sind die Vereinten Nationen zu dem Schluss gekommen, dass der Tourismus bis zu 14 Prozent der globalen Verantwortung am von Menschen verursachten Klimawandel trägt.

Eine gemeinsame Agenda für Klimagerechtigkeit im Mittelmeerraum

Zum Auslaufen des Kyoto-Protokolls haben die Gesellschaften am Mittelmeer eine unsichere und gefährliche Zukunft vor sich. Sie verfügen weder über die Institutionen noch über Instrumente für eine Zusammenarbeit, die helfen könnten, einen gesellschaftlichen und klimapolitischen Wandel zu fördern, der auf menschliche, demokratische und gesunde Lebensbedingungen der Gesellschaften an den Küsten abzielt. Weder eine nur dem Namen nach bestehende Mediterrane Union noch der historische und gut gemeinte, jedoch rein technische „Blue Plan“ der Vereinten Nationen werden ausreichen. Zudem stellt der Mangel an umfangreicher Kooperation zwischen Nichtregierungsorganisationen im Norden und nordafrikanischen Gemeinschaften ein weiteres Hindernis dar.

Man sollte nicht vergessen, wie dringend es ist, alle Anstrengungen zu unternehmen, Klimaschutzpläne zu entwickeln und umzusetzen (zum Beispiel für eine signifikante Verringerung der Treibhausgasemissionen im Luftverkehr und im Tourismus) und Anpassungspläne (zum Schutz der empfindlichsten und anfälligsten mediterranen Gemeinschaften, insbesondere entlang des Küsten-

streifens von Nordafrika und Ägypten). Doch die entscheidende Frage in der Region sollte nicht sein „Was können wir tun, um den Klimawandel aufzuhalten?“, sondern eher: "Wie wollen wir hier leben?" Die Vorstellung vom Mittelmeer als gemeinsamem Lebensraum muss unbedingt wiederbelebt werden und die mediterranen Gesellschaften müssen demokratisch gestärkt werden.

Joan Buades ist Mitglied des Teams von Alba Sud, Spanien. Er arbeitet zudem für die Research Group on Sustainability and Territory (GIST) an der Uni

versität der Balearen (UIB) und andere soziale Organisationen.

Dieser Beitrag ist eine gekürzte, überarbeitete Fassung von „The Mediterranean: Caught in the Carbon Microwave: Severe Climate Threat, More Inequality and the end of Coastal Tourism. An overview of global risks in the Mediterranean in the 21st century. Von Joan Buades. AlbaSud, Januar 2012.

Übersetzung aus dem Englischen: Christina Kamp

(6.920 Zeichen, März 2013)

TODO!-Preise für Projekte in Indien und Uganda

Als besonders partizipativ und damit sozialverantwortlich zeichnet der Studienkreis für Tourismus und Entwicklung in diesem Jahr zwei Projekte aus Indien und Uganda mit dem „TO DO!“-Preis aus. Die „Pearls of Uganda“ sind ein regionales Netzwerk, bestehend aus etwa 20 „Perlen“ touristischer Angebote in verschiedenen Gemeinden im Südwesten Ugandas. Die Dörfer liegen am Rande von Nationalparks und profitieren so vom Besucherstrom, zielen aber darauf ab, Gästen das alltägliche Leben in den Dorfgemeinschaften näher zu bringen. Die Uganda Community Tourism Association (UCOTA) als Dachorganisation der „Pearls“ unterstützt die Gemeinschaften im Ausbildungsbereich und beim Marketing.

„The Blue Yonder“, ein indisches Unternehmen mit Sitz in Bengaluru, versteht den Tourismus als In-

strument für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Es unterstützt die Nila-Foundation im Bundesstaat Kerala, die sich für den Schutz des Flusses Bharatapuzha (Nila) einsetzt. Der Tourismus soll in dieser Region einen Beitrag zur Sicherung des Lebensunterhaltes der Bevölkerung und zum Erhalt ihrer traditionellen Kultur leisten.

Die Preise für die beiden Projekte werden am Mittwoch, den 6. März 2013 zwischen 12 und 14 Uhr auf der Internationalen Tourismusbörse Berlin in Halle 4.1 auf der großen Bühne verliehen. Der TO DO! Wettbewerb Sozialverantwortlicher Tourismus wird jedes Jahr neu ausgeschrieben.

Weitere Informationen: <http://todo-contest.org>

(1.385 Zeichen, März 2013)

-ck

Andamanen-Straße durch Jarawa-Gebiet für Touristen gesperrt

Mit einem Beschluss vom Januar 2013 verbietet Indiens Oberstes Gericht Touristen das Befahren der Andaman Trunk Road, einer umstrittenen Straße, die durch das Gebiet des indigenen Volkes der Jarawa auf den Andamanen-Inseln führt.

Zuvor hatte Indiens Oberstes Gericht den Behörden der Andamanen bereits angeordnet, eine fünf Kilometer breite Pufferzone durchzusetzen, um die Jarawa vor der Ausbeutung durch Touristen zu schützen. Kommerzielle und touristische Ak-

tivitäten sind in dieser Zone nicht erlaubt. Doch laut Survival International haben die Behörden der Andamanen mit der Ankündigung einer abgeschwächten Version der Pufferzone versucht, die Entscheidung des Obersten Gerichtes von Juli 2012 zu umgehen.

Den neuen vorläufigen Gerichtsbeschluss wertet der Direktor von Survival International, Stephen Corry, als positives Zeichen. Entscheidend sei nun, dass die Anordnung aufrechterhalten wird und die

„Menschensafaris“ zu den Jarawa enden. „Die Jarawa müssen selbst entscheiden können, ob, wann und wo Außenstehende ihr Land betreten“, so Corry.

Weitere Informationen: Survival International: www.survivalinternational.de/nachrichten/8943

(1.052 Zeichen, März 2013)

-ck

Mexiko: Indigene beschweren sich über Verletzung ihrer Bewegungsfreiheit

Wegen Diskriminierung durch die lokalen Behörden haben indigene Frauen bei der Ombudsstelle für Menschenrechte des mexikanischen Bundesstaates Guanajuato Beschwerde eingelegt. Die Verwaltung der Stadt Guanajuato erlaube den indigenen Nahua aus den Bergen von Guerrero nicht, sie im Stadtkern der Stadt Guanajuato, die zum Weltkulturerbe gehört, aufzuhalten oder ihn zu durchqueren. Ihre Genehmigungen, dort Kunsthandwerk zu verkaufen wurden nicht

erneuert. Es heißt, die Nahua würden nicht nur ohne Erlaubnis in der Öffentlichkeit Handel treiben, sondern auch das Stadtbild beeinträchtigen. Nach einem Bericht der mexikanischen Zeitung „Vanguardia“ vom 8. Februar 2013 prüft die Ombudsstelle nun die Verletzung ihres Menschenrechts auf Bewegungsfreiheit.

(754 Zeichen, März 2013)

-ck

Laotischer Aktivist Sombath Somphone noch immer vermisst

Der laotische Aktivist Sombath Somphone, einer der Hauptorganisatoren des Asia-Europe People's Forums Mitte Oktober 2012 in Laos (vgl. TW69), ist seit dem 15. Dezember nach einer Polizeikontrolle in Vientiane verschwunden. Die Gründe für sein Verschwinden sind unklar, über seinen Aufenthaltsort ist noch immer nichts bekannt. Nach Informationen der Menschenrechtsorganisation Amnesty International leugnen die laotischen Behörden, Sombath Somphone inhaftiert zu haben oder für sein Verschwinden verantwortlich zu sein.

Am 7. Februar verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution zum Verschwinden von Sombath Somphone und brachte unter anderem seine Sorge über die mangelnde Transparenz bei der Aufklärung des Falls und über die Verletzung von Menschenrechten in Laos zum Ausdruck. Auf der Webseite von Amnesty International finden sich Anschriften, an die im Rahmen einer Eilaktion Appelle zur Aufklärung des Falls gerichtet werden können und sollen. Sombath Somphone ist Gründer und war lange

Direktor des Participatory Development Training Center (PADETC). 2005 wurde er mit dem renommierten „Ramon Magsaysay Award for Community Leadership“- für seine unermüdlichen Bemühungen für eine nachhaltige Entwicklung in Laos durch Ausbildung und Motivation der laotischen Jugend ausgezeichnet.

Weitere Informationen: www.sombath.org,

Urgent Action von Amnesty International: <http://amnesty.de/urgent-action> „Laote verschwunden“

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Februar 2013 zu Laos

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0058+0+DOC+XML+Vo//>

DE

(1.299 Zeichen, März 2013)

-ck

Ferntourismus im Jahr 2050

2050 Scenarios for Long-Haul Tourism in the Evolving Global Climate Change Regime

Eine uneingeschränkte Zunahme der Flugverkehrsemissionen ist mit den Klimastabilisierungszielen nicht vereinbar. Wie die Zukunft des Ferntourismus im Jahr 2050 je nach heutigen politischen Weichenstellungen aussehen könnte, beschreiben Shaun Vorster, Marius Ungerer und Jako Volschenk anschaulich in vier verschiedenen Szenarien. Diese Szenarien können helfen, den Status quo besser zu verstehen und die Risiken eines „Weiter wie bisher“-Ansatzes besser abzuschätzen.

Die Entwicklung des Ferntourismus in den kommenden vier Jahrzehnten hängt wesentlich von der zukünftigen Klimapolitik und vom Umgang mit dem Flugverkehr im neuen globalen Klimaabkommen ab. Emissionsbezogene Beschränkungen (Emissionsobergrenzen und/oder kostenpflichtige Emissionsrechte) werden Auswirkungen auf den Ferntourismus haben. Doch ohne derartige Beschränkungen steht die langfristige Nachhaltigkeit – nicht nur im Tourismus – auf dem Spiel.

Noch ist unsicher, was für ein neues globales Regelwerk bei den UN-Klimaverhandlungen herauskommen wird. Auch ist offen, ob der politische Wille für ein globales Sektorabkommen zur Kontrolle der internationalen Flugverkehrsemissionen unter der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) vorhanden ist. Je nach dem skizzieren die Autoren vier Szenarien, von denen einzig das „Green Lantern“-Szenario wünschenswert ist. In diesem Szenario gelingt es, das Wachstum des Flugverkehrs von dem der Emissionen abzukoppeln. Damit dieses Szenario Wirklichkeit wird und die gefährliche Erderwärmung zwei Grad Celsius nicht überschreitet, müssen in allen Ländern und allen Wirtschaftssektoren große, gemeinsame und proaktive Anstrengungen unternommen werden.

Was ein verlorenes Jahrzehnt ausmachen könnte, zeigt das Szenario vom „gefallenen Engel“,

das durch Marktversagen und politisches Versagen charakterisiert ist. Die Tourismuswirtschaft nimmt darin eine reaktive Rolle ein, die Luftfahrtindustrie eine abwartende. In diesem ebenso wie im „Sensenmann“-Szenario wird die Erderwärmung in diesem Jahrhundert mehr als 3,5 °C betragen. Der Klimawandel führt damit zur Überschreitung ökologischer Kippunkte, mit verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen auch in vielen touristischen Zielgebieten. Das Versagen der internationalen Politik wird nicht ohne einen gewissen Sarkasmus beschrieben: „Die ICAO war mit sehr viel wichtigeren Herausforderungen beschäftigt, darunter dem Sicherheitsmanagement (z.B. Cyber-Terrorismus) und Navigationsaspekten im Zusammenhang mit der raschen Zunahme des Flugverkehrs.“

Wenig plausibel ist das vierte, das „Florence Nightingale“-Szenario, in dem es zwar zu einem Umsteuern im Tourismus (und dort mehr als in anderen Sektoren) kommt, aber nicht dank erfolgreicher internationaler Politik, sondern unter dem Druck hoher Ölpreise.

Damit das wünschenswerte „Green Lantern“-Szenario Wirklichkeit werden kann, braucht es, so die Autoren, Führungsstärke in der Politik und Wirtschaft sowie Verhaltensänderungen auf Seiten der Touristen. Zugleich müssen die Zielgebiete Warnsignale erkennen und effektive Vorkehrungen treffen.

2050 Scenarios for Long-Haul Tourism in the Evolving Global Climate Change Regime. Von Shaun Vorster, Marius Ungerer und Jako Volschenk, University of Stellenbosch Business School/Südafrika, 2012, In: Sustainability 2013, 5, 1-51. ISSN 2071-1050. Download: www.mdpi.com/2071-1050/5/1/1

(3.079 Zeichen, März 2013)

-ck

Reisen in eine unbekannte Zukunft

2050 - Tomorrow's Tourism

Von Ko Ko Thett

Das Buch „2050 - Tomorrow's Tourism“ von Ian Yeoman strotzt vor Enthusiasmus, Optimismus und gewagten Prophezeiungen, denn seine Vorhersagen gehen vom heutigen Wohlstand, heutigen Technologien und gegenwärtigen Ressourcen aus. Den Konsequenzen globaler Technologien und Einkommensdisparitäten, die mit Sicherheit über 2050 hinaus weiterbestehen werden, wird wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Wenn, wie Yeoman vorhersagt, im Jahr 2050 zum Beispiel erlebnishungrige asiatische Kunden in Amsterdam in Bordelle gehen, in denen künstliche „Sexarbeiterinnen“ dienen, werden wahrscheinlich die mehr Authentizität suchenden Sextouristen die boomende Sexindustrie in Ländern wie Myanmar ausnutzen.

Wie lange kann eine Welt aufrechterhalten werden, in der die Hälfte der Bevölkerung (4,7 Milliarden) auf der Suche nach Spaß und Abenteuer zum einen oder anderen Zeitpunkt kontinuierlich unterwegs ist? Die sich entwickelnde Welt wird auch

im Jahr 2050 wahrscheinlich noch immer eine sich entwickelnde Welt sein und die Tourismuswirtschaft wird weiterhin durch die unausgewogenen Machtverhältnisse charakterisiert sein, die der Wirtschaft auch heute Schaden zufügen.

Insgesamt ist „Tomorrow's Tourism“ eine amüsante und faszinierende Lektüre. Hoffentlich wird man 2050 die Möglichkeit haben, so ein Buch überhaupt nicht mehr lesen zu müssen, sondern kann sich dann die Ideen aus diesem Buch im Schlaf wie einen süßen Traum per Internet direkt ins Gehirn eintrichtern lassen.

2050 - Tomorrow's Tourism. Von Ian Yeoman u.a., Channel View Publications, Bristol, 2012. 258 Seiten, ISBN-13: 978-1845413026.

Übersetzung aus dem Englischen: Christina Kamp

(1.458 Zeichen, März 2013)

Was wir nicht sehen

“The Ultimate Challenge“

„Die größte Herausforderung im Leben besteht in den Dingen, die wir nicht sehen, und in dem Wissen, das wir nicht haben“, schreibt Ron O'Grady in seinen Memoiren, die 2012 unter dem Titel „The Ultimate Challenge“ erschienen sind. Als Gründer der ECPAT-Kampagne (damals „End Child Prostitution in Asian Tourism“) hat O'Grady wesentlich dazu beigetragen, eines der schlimmsten Verbrechen auf dieser Welt aus dem Dunkel des Nicht-Wissens ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken: den kommerziellen sexuellen Missbrauch von Kindern.

In seinen Memoiren erzählt O'Grady von seinen frühen Jahren als Gemeindepfarrer in Neuseeland, von seiner Arbeit für verschiedene Kirchenorganisationen, unter anderem in Flüchtlingscamps in verschiedenen Teilen der Welt, und von eindrucksvollen Begegnungen mit Martin Luther King, Mutter Theresa und Papst Johannes Paul II. Vor allem aber erzählt er auch die Geschichte, die er wesentlich mit geprägt hat: die frühe Phase der Tourismuskritik in Asien. Bereits 1975 er-

schien sein Buch "Tourism - The Asian Dilemma" mit Untersuchungsergebnissen zu Auswirkungen des Tourismus in Bali, Penang und Hongkong. Der Verhaltenskodex für Touristen, den O'Grady damals mit entwarf, ist heute, nach 38 Jahren, immer noch im Umlauf. In Folge einer Konferenz der Asiatischen Kirchenkonferenz (CCA) 1980 in Manila, die O'Grady mit organisierte, wurde die Ecumenical Coalition on Third World Tourism gegründet, die dann schließlich die ECPAT-Kampagne auf den Weg brachte. Ron O'Grady wurde ihr erster Direktor und ist seitdem ihr unermüdlicher Unterstützer. Auch aus dem Verkauf dieses Buches wird ECPAT unterstützt.

The Ultimate Challenge. Von Ron O'Grady, Auckland, 2012. ISBN 978-0-473-19920-3. Bezug: ECPAT Neuseeland, www.ecpat.org.nz/Support-Us/Shop.aspx

(1.626 Zeichen, März 2013)

-ck

Zwischen Wandel und Kontinuität Sympthiemagazin „China verstehen“

In den vergangenen 20 Jahren hat China eine beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung und Steigerung der Lebensstandards vieler Millionen Menschen geschafft. Wie das gelungen ist und was es aber auch für Folgen hat, zeigen die chinesischen und deutschen Autorinnen und Autoren des neuen Sympthiemagazins „China verstehen“. Engagiert und regionskundig berichten sie von einem Land voller Hoffnungen und Widersprüche mit seiner ganz eigenen Mischung aus Kommunismus und Kapitalismus. Der chinesische Wirtschaftsboom ist nicht zuletzt auch den Wanderarbeitern an der Ostküste zu verdanken. Doch die neue Mobilität in China – ob überlebensnotwendig oder als

Freizeitvergnügen – bringt auch neue Herausforderungen mit sich. Davon erzählt das China-Heft: von der Infrastruktur für die riesige Bevölkerung, die ständig weiter ausgebaut werden muss, und von den Schwierigkeiten, die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichend Nahrungsmitteln und sozialen Dienstleistungen sicherzustellen. Redaktionell betreut wurde das Sympthiemagazin „China verstehen“ von Petra Kiel und Maja Linnemann.

Weitere Information und Bestellung:

www.sympthiemagazin.de

(1.082 Zeichen, März 2013)

-ck

Symposium: Neue Impulse für nachhaltigen Tourismus

Im Rahmen ihrer dritten Jahreshauptversammlung veranstaltet die „Globale Partnerschaft für nachhaltigen Tourismus“ (Global Partnership for Sustainable Tourism) am 25. März 2013 von 9 bis 17.30 Uhr ein Symposium im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn. Dabei geht es unter anderem um Tourismuswachstum, um biologische Vielfalt und nachhaltigen Tourismus und um die Verantwortung des Privatsektors bei Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit. Die öffentliche Veranstaltung rich-

tet sich an nationale wie internationale Akteure aus dem Arbeitsfeld Tourismus. Gastgeber ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Weitere Informationen:

www.GlobalSustainableTourism.com

(645 Zeichen, März 2013)

-ck

Weltsozialforum Tunesien

Vom 26. bis 30. März 2013 findet in der tunesischen Hauptstadt Tunis das Weltsozialforum statt. In Kooperation mit der Alternative Tourism Group (Palästina), der Association of small-scale enterprises (ASSET, Gambia), Kabani - the other direction (Indien), der Stiftung Retour (Niederlande) und weiteren Mitgliedern des Europäischen Tourismus Netzwerkes (TEN) ist Tourism Watch an der Organisation eines Workshops beteiligt. Darin wird es um Menschenrechtsverletzungen im Tourismus und um die Rolle lokaler Tourismusinitiativen bei der Änderung politischer Rahmenbedingungen

gehen. Ziel ist es, die internationale Vernetzung tourismuskritischer Gruppen voranzutreiben. Die Veranstaltung ist für den 28.3.2013 auf dem University Campus El Manar in Tunis geplant. Die genaue Uhrzeit stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Weitere Informationen: www.fsm2013.org, www.tourism-watch.de

(823 Zeichen, März 2013)

-ck

Europäischer Tag der Meere 2013 zu Tourismus

Die diesjährige Konferenz zum Europäischen Tag der Meere (European Maritime Day) findet am 21. und 22. Mai 2013 in Malta statt. Das Hauptthema der Konferenz ist Küstenentwicklung und nachhaltiger Küsten- und Meerestourismus. Ein besonderer Fokus liegt auf der Mittelmeerregion. Es sind sowohl hochrangige politische Debatten vorgesehen als auch ein praktischer Austausch zwischen

Interessengruppen. Der Europäische Tag der Meere wird seit 2008 jedes Jahr am 20. Mai begangen.

Weitere Informationen: <http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/maritimeday/>

(475 Zeichen, März 2013)

-ck



Alles was Recht ist - Menschenrechte und Tourismus

Impulse für eine menschenrechtlich orientierte Tourismusentwicklung

Anhand wichtiger Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderer Übereinkommen der Vereinten Nationen wird gezeigt, dass im Tourismus auf vielfältige Weise Menschenrechte verletzt werden: bürgerliche und politische, aber auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Art. Nr. 118 100 050
84 Seiten, Format DIN A4, kostenlos

Nachhaltigkeit im Tourismus

Wegweiser durch den Labelschunzel

Die neue Broschüre gibt genauere Informationen darüber, was es mit den einzelnen Gütesiegeln auf sich hat. Zwanzig verschiedene wurden genauer unter die Lupe genommen, darunter die wichtigsten internationalen Gütesiegel für Beherbergungsbetriebe, Reiseangebote und Reiseveranstalter.

Download: www.tourism-watch.de/files/nfi_tourismus_labelguide_web.pdf
30 Seiten, Format 105 x 105 mm, kostenlos



Fair Reisen mit Herz und Verstand

Tipps für verantwortungsvolles Reisen

Art. Nr. 118 100 300
76 Seiten, Format 148 x 105 mm, kostenlos



Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung, Zentraler Vertrieb, Karlsruher Straße 1, 70771 Echterdingen, Tel. +49 711 2159 777, Fax +49 711 2159 79 77 502, E-Mail vertrieb@diakonie.de.

Der Informationsdienst TourismWatch
erscheint viermal jährlich und kann
kostenlos abonniert werden.

Herausgeber

Brot für die Welt – Evangelischer Entwick-
lungsdienst,
Evangelisches Werk für Diakonie und
Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
Tel +49 30 65211 0
Fax +49 30 65211 3333
Mail info@brot-fuer-die-welt.de
tourism-watch@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de
www.tourism-watch.de

Redaktion Christina Kamp, Antje
Monshausen

V.i.S.d.P. Thomas Sandner

Layout Jörg Jenrich

Druck typopress GmbH, Leinfelden-
Echterdingen

Berlin, März 2013

**Ein Nachdruck der Beiträge mit
Quellenangabe ist erwünscht. Wir
bitten um die Zusendung von zwei
Belegexemplaren.**

Spenden

Brot für die Welt
Konto 500 500 500
Bank für Kirche und Diakonie
BLZ 1006 1006
IBAN DE10100610060500500500
BIC GENODED1KDB